

Antrag

**der Abgeordneten Karin Prien, Franziska Grunwaldt, Dennis Gladiator,
Philipp Heißner, Birgit Stöver, Jörg Hamann (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/2996

Betr.: Niedrigschwellige Betreuung für Flüchtlingsfrauen ermöglichen – Konzept der Eltern-Kind-Zentren (EKiZ) für neue Aufgaben überarbeiten

Grundsätzlich ist es sinnvoll, zusätzliche Eltern-Kind-Zentren (EKiZ) in Stadtteilen mit besonders vielen Flüchtlingsfamilien zu schaffen, um die Eltern mit dem deutschen Betreuungssystem für kleine Kinder vertraut zu machen und um ihnen die Integration zu erleichtern. Betrachtet man jedoch das ursprüngliche Konzept der EKiZ, so wird offenbar, dass die Hamburger EKiZ mit ihrem jetzigen Konzept eine klar definierte Zielgruppe ansprechen, deren Problemlagen sich auf Flüchtlingsfamilien nicht ohne weiteres übertragen lassen. Der Evaluationsbericht aus dem Jahr 2008/2009 hebt hervor, dass hier Mütter – vor allem aus sozial schwachem Milieu – angesprochen werden sollen, die mit der Erziehungsaufgabe überfordert sind. „Insgesamt zeigt sich in den Eltern-Kind-Zentren, dass bei den belasteten Müttern oft wenig Wissen über die Aufgaben der Rolle als Erziehende vorhanden ist“, heißt es in dem Bericht. „Die Verantwortung und Zuständigkeit für die Erziehung zu übernehmen und dabei auch noch bewusst zu reflektieren, erscheint ihnen als hohe Anforderung“, wird weiter ausgeführt. Die Unterstützungsbedarfe bei Flüchtlingsfrauen dürften jedoch häufig auf anderen Feldern liegen.

Den Frauen in Migrantenfamilien kommt eine zentrale Rolle bei der Integration zu, deshalb bedürfen sie besonderer Unterstützung. Der Ansatz, nach Wegen zu suchen, wie man Flüchtlingsfrauen mit dem deutschen System der Fremdbetreuung der eigenen Kinder vertraut machen kann, ist notwendig, auch um ihnen den Weg in die Integration und in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Damit sollte möglichst frühzeitig begonnen werden, damit auch die Flüchtlingsfrauen etwa Deutschkurse und berufliche Qualifikationen oder Nachqualifikationen wahrnehmen können. Der spätere Kita-Besuch hat für Kinder mit Migrationshintergrund erwiesenermaßen eine besonders hohe Bedeutung für den Spracherwerb und den Einstieg in eine erfolgreiche Bildungsbiographie. Eine auf die Bedürfnisse der Flüchtlingsfrauen übertragene EKiZ-Variante soll helfen, die Hemmschwelle, die bei vielen Flüchtlingsfrauen in Hinblick auf die Inanspruchnahme von Kita und Fremdbetreuung ihrer Kinder bestehen, niedrigschwellig zu überwinden. Zudem muss die Frage beantwortet werden, wie die in Drs. 21/2996 geforderten EKiZ im Umfeld von Flüchtlingsgroßsiedlungen eine Integration ermöglichen sollen, wenn dort in der großen Mehrheit nur Flüchtlingsfamilien leben.

Spätestens mit Einzug in die Folgeunterbringungen gilt es, die Kinder schnellstmöglich in bestehende und gewachsene Kita-Einrichtungen zu integrieren. Aber auch die Mütter müssen über die Kinder Integrationsangebote erhalten und zwar möglichst von Anfang an, auch schon in den ZEA.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. mit den Betreibern ein Konzept für die ZEA zu entwickeln, das über die Kinderbetreuung auch die Mütter anspricht, etwa durch niedrigschwellige Betreuungsangebote, die die Mütter miteinbeziehen, um die Hemmschwelle der Flüchtlingsfrauen vor der Fremdbetreuung ihrer Kinder zu senken und so langfristig deren Integration zu erleichtern;
2. mit den Betreibern ein Konzept für alle größeren Folgeunterbringungen und Flüchtlingssiedlungen mit „Perspektive Wohnen“ zu entwickeln, bei dem die besonderen Bedürfnisse der Flüchtlingsfrauen zu berücksichtigen sind.
3. einen neuen Evaluationsbericht zu den EKIZs in Auftrag zu geben und bis zum 30.09.2016 vorzulegen, mit dem ermittelt wird, wie die Einrichtungen ihren Auftrag erfüllen und die neuen Zielgruppen erreichen.